

**20
13**

DIE REGIERUNG DES GROSSHERZOGTUMS LUXEMBURG

INHALTSVERZEICHNIS

Die Abgeordnetenversammlung seit 1945	6
Die Bildung der neuen Regierung	9
Die Mitglieder der Regierung	19
Die Zusammensetzung der Regierung	21
Xavier Bettel	23
Étienne Schneider	25
Jean Asselborn	27
Félix Braz	29
Nicolas Schmit	31
Romain Schneider	33
François Bausch	35
Fernand Etgen	37
Maggy Nagel	39
Pierre Gramegna	41
Lydia Mutsch	43
Dan Kersch	45
Claude Meisch	47
Corinne Cahen	49
Carole Dieschbourg	51
Camille Gira	53
Francine Closener	55
Marc Hansen	57

OFFIZIELLES FOTO DER MINISTER

CAROLE DIESCHBOURG

DAN KERSCH

PIERRE GRAMEGNA

MAGGY NAGEL

LYDIA MUTSCH

CLAUDE MEISCH

CORINNE CAHEN



FERNAND ETGEN

ROMAIN SCHNEIDER

FÉLIX BRAZ

ÉTIENNE SCHNEIDER

XAVIER BETTEL

JEAN ASSELBORN

NICOLAS SCHMIT

FRANÇOIS BAUSCH

DIE ABGEORDNETENKAMMER SEIT 1945

PARLAMENTSWAHLEN - ANZAHL DER ABGEORDNETEN PRO PARTEI UND WAHL

	1945	1948	1951	1954	1959	1964	1968	1974	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2013
CSV	25	22	21	26	21	22	21	18	24	25	22	21	19	24	26	23
LSAP	11	15	19	17	17	21	18	17	14	21	18	17	13	14	13	13
DP	9*	9*	8**	6**	11	6	11	14	15	14	11	12	15	10	9	13
KPL	5	5	4	3	3	5	6	5	2	2	1	-	-	-	-	-
adr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4*	5**	7**	5**	4	3
déi gréng	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	5	7	7	6
GLEI	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
GAP	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	-	-	-	-	-
SDP	-	-	-	-	-	-	-	5	2	-	-	-	-	-	-	-
Enrôlés de force	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-
SI	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-
MIP	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
PIE	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
déi Lénk	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	2
Gesamtzahl	51	51	52	52	52	56	56	59	59	64	60	60	60	60	60	60

DIE VERSCHIEDENEN PARTEIEN

CSV	Chrëschtlech-Sozial Vollekspartei
LSAP	Lëtzebuenger Sozialistesche Aarbechterpartei
DP	Demokratesch Partei - **Groupement démocratique - *Groupement patriotique et démocratique
KPL	Kommunistesch Partei vu Lëtzebuerg
adr	alternativ demokratesch reformpartei - **Aktiounskomitee fir Demokratie a Rentegerechtegkeet - *Aktiounskomitee 5/6
déi gréng	déi gréng (Zusammenschluss von GLEI und GAP)
GLEI	Gréng Lëscht - Ekologesch Initiativ
GAP	Gréng Alternativ Partei
SDP	Sozialdemokratesch Partei (Abspaltung von der LSAP)
Enrôlés de force	Enrôlés de force
SI	Socialistes indépendants (Abspaltung von der LSAP)
MIP	Mouvement indépendant populaire
PIE	Parti des indépendants de l'Est
déi Lénk	déi Lénk (Bündnis zwischen der KPL und verschiedenen linksextremen sowie aus Vereinigungen hervorgegangenen Bewegungen)

**20
13**

DIE BILDUNG DER NEUEN REGIERUNG

Am 20. Oktober 2013 waren die Luxemburger Wähler aufgerufen, bei vorgezogenen Parlamentswahlen die 60 Mitglieder der Abgeordnetenversammlung zu wählen. Aus dem Wahlergebnis ergab sich in der Abgeordnetenversammlung folgende Sitzverteilung:

	2013	2009
CSV	23	26
LSAP	13	13
DP	13	9
déi gréng	6	7
adr	3	4
déi Lénk	2	1
KPL	0	0
piratepartei	0	/
PID	0	/

Rücktritt der scheidenden Regierung

21. Oktober 2013

Am Tag nach den Wahlen, am 21. Oktober 2013, kamen die Mitglieder der scheidenden Regierung zu einer letzten Regierungsratssitzung zusammen.

Im Anschluss an diese Sitzung wurde Premierminister Jean-Claude Juncker im großherzoglichen Palast von S.K.H. dem Großherzog in Audienz empfangen. Wie am Folgetag der Parlamentswahlen üblich, bot der Premierminister dem Staatsoberhaupt den Rücktritt

der scheidenden Regierung an. S.K.H. der Großherzog ersuchte die Regierung, bis zur Bildung einer neuen Regierung im Amt zu bleiben, und beauftragte sie, die laufenden Geschäfte weiterzuführen und die in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen erforderlichen dringenden Maßnahmen zu treffen.

Anschließend empfing S.K.H. der Großherzog den Präsidenten der scheidenden Abgeordnetenversammlung sowie den Präsidenten des Staatsrats zur Beratung in Audienz.

Ernennung eines „Informateurs“

23. Oktober 2013

Am 22. Oktober 2013 empfing das Staatsoberhaupt je einen Vertreter der bei den Wahlen angetretenen Listen sowie erneut den amtierenden Premierminister Jean-Claude Juncker zur Beratung in Audienz.

Im Anschluss an mehrere Beratungs- und Sondierungsgespräche ernannte S.K.H. der Großherzog am 23. Oktober 2013 den Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs Georges Ravarani zum „Informateur“ (eine mit Sondierungsgesprächen beauftragte Person) im Hinblick auf die Bildung der neuen Regierung. Noch am selben Tag führte dieser Gespräche mit den Vertretern der wichtigsten politischen Parteien und erstattete S.K.H. dem Großherzog ein erstes Mal Bericht.

Am 24. Oktober 2013 wurde Georges Ravarani von S.K.H. dem Großherzog zu einer zweiten Audienz empfangen, um über die sich aus seinem Sondierungsauftrag ergebenden Schlussfolgerungen zu sprechen.

Ernennung eines Regierungsbildners

25. Oktober 2013

Nachdem S.K.H. der Großherzog die Absicht der Parteien LSAP, DP und „déi gréng“ zur Bildung der neuen Regierung zur Kenntnis genommen hatte, empfing er den Präsidenten der liberalen Partei DP, Xavier Bettel, in Audienz, um ihn mit der Bildung der neuen Regierung zu beauftragen.

Beginn der Koalitionsverhandlungen

29. Oktober 2013

Am 29. Oktober 2013, neun Tage nach den Parlamentswahlen, kamen die Delegationen von LSAP, DP und „déi gréng“ unter dem Vorsitz von Regierungsbildner Xavier Bettel im Außenministerium zusammen, um die Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

Die Delegationen der drei Parteien setzten sich wie folgt zusammen:

- DP: Guy Daleiden, Fernand Etgen, Lex Folscheid (Sekretär), Alain Kinsch, Claude Meisch, Maggy Nagel, Lydie Polfer und Dan Theisen;

- LSAP: Étienne Schneider, Alex Bodry, Jean Asselborn, Mars Di Bartolomeo, Nicolas Schmit, Romain Schneider, Lucien Lux und Claude Tremont;
- „déi gréng“: François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Henri Kox, Josée Lorsché, Viviane Loschetter und Sam Tanson.

Die drei Delegationen hörten zunächst die Berichte verschiedener hoher Beamter an, um sich eine Übersicht über den Zustand der öffentlichen Finanzen zu verschaffen; hierbei handelte es sich vor allem um Beamte des Schatzamtes, der Generalinspektion für Finanzen, der Eintragungs- und Domänenverwaltung, der Zoll- und Verbrauchsteuerverwaltung, der Steuerverwaltung und des STATEC.

Im Anschluss an die erste Verhandlungssitzung beschlossen die drei Delegationen, acht Arbeitsgruppen einzusetzen, die sich jeweils mit einem klar bestimmten Gebiet oder Thema beschäftigen und der Plenarversammlung Bericht erstatten sollten:

- Finanzen, Finanzplatz;
- Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Tourismus, Energie, Mittelstand (KMU), Forschung;
- Sozialpolitik, Familie, Gesundheit, Chancengleichheit, spezifische Bedürfnisse;
- Bildung, Kultur, Sport, Begleitung von Kindern, Hochschulbildung;
- Staat, Institutionen, Justiz, Reform des öffentlichen Dienstes, Verfahren, Datenschutz, Kultusangelegenheiten;

- nachhaltige Entwicklung, Infrastruktur, Verkehr, Verbraucherschutz, Landwirtschaft;
- Wohnungsbau, Gemeinden, Großregion, Polizei, Rettungsdienste;
- internationale Politik, Europa, Verteidigung, Entwicklungshilfe, Immigration.

Am 30. Oktober 2013 hörten die Delegationen die Berichte des Präsidenten der Luxemburger Zentralbank, Gaston Reinesch, und des Präsidenten der Nationalen Rentenversicherungskasse, Robert Kieffer, an.

Unterredung zwischen Xavier Bettel und Jean-Claude Juncker

31. Oktober 2013

Am 31. Oktober 2013 empfing der amtierende Premierminister Jean-Claude Juncker Regierungsbildner Xavier Bettel zu einer Unterredung im Staatsministerium. Auf der Tagesordnung standen eine Reihe von technischen Fragen wie die erste Sitzung des neuen Parlaments und bestimmte Fragen zu europäischen Angelegenheiten.

Jean-Claude Juncker und Xavier Bettel betonten die angenehme und konstruktive Atmosphäre des Gesprächs.

Beginn der Tätigkeit der Arbeitsgruppen

4. November 2013

Die acht Arbeitsgruppen nahmen ihre Tätigkeit am 4. November 2013 auf. Jede Gruppe stand unter dem Vorsitz eines Verantwortlichen:

- Claude Meisch (DP): Finanzen, Banken;
- Étienne Schneider (LSAP): Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Tourismus, Energie, Mittelstand (KMU), Forschung;
- Mars Di Bartolomeo (LSAP): Soziales, Gesundheit, Chancengleichheit, spezifische Bedürfnisse;
- André Bauler (DP): Unterrichtswesen, Familie, Kultur, Sport, Kinderbetreuungseinrichtungen, Hochschulwesen;
- Félix Braz („déli gréng“): Staat, Institutionen, Justiz, Reform des öffentlichen Dienstes, Verfahren, Datenschutz, Kultusangelegenheiten;
- François Bausch („déli gréng“): nachhaltige Entwicklung, Infrastruktur, Verkehr, Verbraucherschutz, Landwirtschaft;
- Maggy Nagel (DP): Wohnungsbau, Gemeinden, Großregion, Polizei, Rettungsdienste;
- Jean Asselborn (LSAP): Internationales, Europa, Verteidigung, Entwicklungshilfe, Immigration.

Zweite Unterredung zwischen Xavier Bettel und Jean-Claude Juncker

19. November 2013

Am 19. November 2013 trafen sich der amtierende Premierminister Jean-Claude Juncker und Regierungsbildner Xavier Bettel zu einer zweiten Unterredung im Staatsministerium, um sich auf einen Termin für die Amtsübergabe zu verständigen.

Xavier Bettel legt die Ergebnisse seines Auftrags als Regierungsbildner vor

29. November 2013

Nachdem Xavier Bettel S.K.H. dem Großherzog während der vorangegangenen Wochen regelmäßig Bericht über den Fortgang der Koalitionsverhandlungen erstattet hatte, wurde er am 29. November 2013 vom Staatsoberhaupt in Audienz empfangen, um ihm die Ergebnisse seines Auftrags als Regierungsbildner vorzulegen.

Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung

29. November 2013

Nach 14 Plenarsitzungen bzw. 183 Verhandlungsstunden gab Regierungsbildner Xavier Bettel am 29. November 2013 im Rahmen einer Pressekonferenz Auskunft über den Stand der Regierungsbildung. Bei

dieser Gelegenheit unterzeichneten Xavier Bettel, Claude Meisch, Étienne Schneider und Félix Braz die Koalitionsvereinbarung.

Die Parteien, die in die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung eingebunden waren, verständigten sich auf folgende Ressortverteilung:

DP

- Premierminister
- Staatsministerium
- Finanzen, Staatskasse und Haushalt
- Familie und Integration
- Bildung und Berufsausbildung
- Kinder und Jugend
- Hochschulwesen und Forschung
- Kultur
- Wohnungsbau
- Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung
- Verbraucherschutz
- Kommunikation und Medien
- Kultusangelegenheiten
- Großregion
- Beziehungen zum Parlament

LSAP

- Vizepremierminister
- Wirtschaft und Außenhandel
- Auswärtige und europäische Angelegenheiten
- Verteidigung

- Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten
- Mittelstand (KMU) und Tourismus
- Immigration und Asyl
- Öffentliche Gewalt
- Gesundheit
- Soziale Sicherheit
- Öffentlicher Dienst
- Inneres
- Verwaltungsreform und -vereinfachung
- Arbeit, Beschäftigung sowie Solidar- und Sozialwirtschaft
- Chancengleichheit
- Sport

déi gréng

- Justiz
- Nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur
- Raumplanung
- Umwelt
- Wasser
- Verkehr
- Öffentliche Arbeiten

Zustimmung der drei Parteien

3. Dezember 2013

Am 3. Dezember 2013 wurden die Koalitionsvereinbarung sowie die Verteilung der Ministerressorts durch die Organe von DP, LSAP und „déi gréng“ gebilligt.

Vereidigung der neuen Regierung

4. Dezember 2013

Am 4. Dezember 2013 vereidigte S.K.H. der Großherzog im großherzoglichen Palast den Premierminister, den Vizepremierminister sowie die designierten Minister und Staatssekretäre. Zu Beginn der Zeremonie unterzeichnete das Staatsoberhaupt die großherzoglichen Beschlüsse über die Bildung der neuen Regierung. Anschließend legte Premierminister Xavier Bettel den in Artikel 110 der Verfassung vorgesehenen Eid ab: „Ich schwöre Treue dem Großherzog, Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des Staates. Ich verspreche, mein Amt rechtschaffen, sorgfältig und unparteilich auszuüben.“ (nichtoffizielle Übersetzung aus dem Französischen)

Nach der Vereidigung des Premierministers stellte dieser dem Großherzog die anderen Regierungsmitglieder vor, welche ihrerseits vereidigt wurden.

Die Regierung 2013 setzt sich zusammen:

- aus einem Vorsitzenden, der den Titel Premierminister trägt;
- aus einem Vizepremierminister und 13 Mitgliedern mit dem Titel eines Ministers;
- aus 3 Mitgliedern mit dem Titel eines Staatssekretärs.

Zuständigkeitsbereiche der Minister

Die Zuständigkeitsbereiche der Minister wurden folgendermaßen verteilt:

- Xavier Bettel
Premierminister; Staatsminister; Minister für Kommunikation und Medien; Minister für Kultusangelegenheiten;
- Étienne Schneider
Vizepremierminister; Minister für Wirtschaft; Minister für innere Sicherheit; Minister der Verteidigung;
- Jean Asselborn
Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten; Minister für Immigration und Asyl;
- Félix Braz
Minister der Justiz;
- Nicolas Schmit
Minister für Arbeit, Beschäftigung sowie Sozial- und Solidarwirtschaft;
- Romain Schneider
Minister für soziale Sicherheit; Minister für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten; Minister für Sport;
- François Bausch
Minister für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur;
- Fernand Etgen
Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Verbraucherschutz; Minister für die Beziehungen zum Parlament;
- Maggy Nagel
Ministerin für Kultur; Ministerin für Wohnungsbau;
- Pierre Gramegna
Minister der Finanzen;

- Lydia Mutsch
Ministerin für Gesundheit; Ministerin für Chancengleichheit;
- Dan Kersch
Minister des Innern; Minister für den öffentlichen Dienst und die Verwaltungsreform;
- Claude Meisch
Minister für Bildung, Kinder und Jugend; Minister für Hochschulwesen und Forschung;
- Corinne Cahen
Ministerin für Familie und Integration; Ministerin für die Großregion;
- Carole Dieschbourg
Ministerin für Umwelt.

Ministerien

Die Namen der Ministerien lauten wie folgt¹:

- Staatsministerium;
- Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten;
- Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Verbraucherschutz;
- Ministerium für Kultur;
- Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur;
- Ministerium für Wirtschaft;
- Ministerium für Bildung, Kinder und Jugend;
- Ministerium für Chancengleichheit;
- Ministerium für Hochschulwesen und Forschung;
- Ministerium für Familie, Integration und die Großregion;

¹ gemäß dem großherzoglichen Beschluss vom 4. Dezember 2013 über die Aufstellung der Ministerien

- › Ministerium der Finanzen;
- › Ministerium für den öffentlichen Dienst und die Verwaltungsreform;
- › Ministerium des Innern;
- › Ministerium der Justiz;
- › Ministerium für Wohnungsbau;
- › Ministerium für Gesundheit;
- › Ministerium für innere Sicherheit;
- › Ministerium für soziale Sicherheit;
- › Ministerium für Sport;
- › Ministerium für Arbeit, Beschäftigung sowie Sozial- und Solidarwirtschaft.

Regierungserklärung

10. Dezember 2013

Am 10. Dezember 2013 fand in der Abgeordnetenkammer die Regierungserklärung von Premier- und Staatsminister Xavier Bettel statt. Die Debatte über die Regierungserklärung fand am 11. Dezember 2013 in der Abgeordnetenkammer statt.

Regierungsumbildung

19. März 2014

Am 19. März 2014 gab Premierminister Xavier Bettel bekannt, dass André Bauler, Staatssekretär für Bildung, Kinder und Jugend sowie Staatssekretär für Hochschulwesen und Forschung, aus gesundheitlichen Gründen von seinen Ämtern zurücktrete.

In seiner Eigenschaft als Präsident der DP schlug Xavier Bettel dem Parteivorstand noch am selben Tag Marc Hansen als Nachfolger André Baulers vor. Der Vorstand nahm den Vorschlag einstimmig an.

Am 28. März 2014 vereidigte S.K.H. der Großherzog Marc Hansen als neues Regierungsmitglied in Anwesenheit von Xavier Bettel, Premierminister, sowie von Claude Meisch, Minister für Bildung, Kinder und Jugend sowie Minister für Hochschulwesen und Forschung.

**20
13**

DIE MITGLIEDER DER REGIERUNG

DIE ZUSAMMENSETZUNG DER REGIERUNG

XAVIER BETTEL DP

- Premierminister
- Staatsminister
- Minister für Kommunikation und Medien
- Minister für Kultusangelegenheiten

ÉTIENNE SCHNEIDER LSAP

- Vizepremierminister
- Minister für Wirtschaft
- Minister für innere Sicherheit
- Minister der Verteidigung

JEAN ASSELBORN LSAP

- Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten
- Minister für Immigration und Asyl

FÉLIX BRAZ DÉI GRÉNG

- Minister der Justiz

NICOLAS SCHMIT LSAP

- Minister für Arbeit, Beschäftigung sowie Sozial- und Solidarwirtschaft

ROMAIN SCHNEIDER LSAP

- Minister für soziale Sicherheit
- Minister für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten
- Minister für Sport

FRANÇOIS BAUSCH DÉI GRÉNG

- Minister für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur

FERNAND ETGEN DP

- Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Verbraucherschutz
- Minister für die Beziehungen zum Parlament

MAGGY NAGEL DP

- Ministerin für Kultur
- Ministerin für Wohnungsbau

PIERRE GRAMEGNA DP

- Minister der Finanzen

LYDIA MUTSCH LSAP

- Ministerin für Gesundheit
- Ministerin für Chancengleichheit

DAN KERSCH LSAP

- Minister des Innern
- Minister für den öffentlichen Dienst und die Verwaltungsreform

CLAUDE MEISCH DP

- Minister für Bildung, Kinder und Jugend
- Minister für Hochschulwesen und Forschung

CORINNE CAHEN DP

- Ministerin für Familie und Integration
- Ministerin für die Großregion

CAROLE DIESCHBOURG DÉI GRÉNG

- Ministerin für Umwelt

CAMILLE GIRA DÉI GRÉNG

- Staatssekretär für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur

FRANCINE CLOSENER LSAP

- Staatssekretärin für Wirtschaft
- Staatssekretärin für innere Sicherheit
- Staatssekretärin für Verteidigung

MARC HANSEN DP

- Staatssekretär für Bildung, Kinder und Jugend
- Staatssekretär für Hochschulwesen und Forschung

XAVIER BETTEL

- ▶ **PREMIERMINISTER**
- ▶ **STAATSMINISTER**
- ▶ **MINISTER FÜR KOMMUNIKATION UND MEDIEN**
- ▶ **MINISTER FÜR KULTUSANGELEGENHEITEN**

Xavier Bettel wurde am 3. März 1973 in Luxemburg-Stadt geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Nach dem Besuch der Sekundarstufe studierte Xavier Bettel an der Universität Nancy, wo er zunächst eine Maîtrise (Hochschulabschluss) in öffentlichem und europäischem Recht an der juristischen Fakultät sowie anschließend ein DEA (Forschungsdiplom im Anschluss an die Maîtrise) in Politikwissenschaft und öffentlichem Recht erwarb.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Xavier Bettel am 4. Dezember 2013 zum Premierminister, zum Staatsminister, zum Minister für Kommunikation und Medien sowie zum Minister für Kultusangelegenheiten in der Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ernannt.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Xavier Bettel, der seit 1989 der DP angehört, wurde 1999 im Alter von 26 Jahren erstmals auf der DP-Liste des Bezirks Zentrum in die Abgeordnetenkammer gewählt. 2004, 2009 und 2013 wurde er wiedergewählt. Im Parlament war er u.a. von 2004 bis 2013 Vizepräsident der juristischen Kommission sowie von 2012 bis 2013 Vizepräsident der Untersuchungskommission zum Staatlichen Nachrichtendienst. Von 2009 bis 2011 war er Fraktionspräsident der DP.

Auf lokaler Ebene war Xavier Bettel zunächst von 2000 bis 2005 Gemeinderatsmitglied der Stadt Luxemburg und anschließend von 2005 bis 2011 Beigeordneter des Bürgermeisters. Im Anschluss an die Kommunalwahlen von 2011 wurde er Bürgermeister und übte dieses Amt bis zu seiner Ernennung zum Premierminister und Staatsminister im Dezember 2013 aus.

Seit Januar 2013 ist Xavier Bettel Präsident der DP.



**Ministère d'État
(Staatsministerium)**
4, rue de la Congrégation
L-1352 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-82106 / 82107
Fax: (+352) 47 57 57

**Service des médias et
des communications
(Amt für Medien und
Kommunikation)**
Maison de Cassal
5, rue Large
L-1917 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-86710
Fax: (+352) 47 56 62

**Ministère d'État
(Staatsministerium)**
Département des cultes
(Abteilung für Kultus-
angelegenheiten)
4, rue de la Congrégation
L-1352 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-82106 / 82107
Fax: (+352) 47 57 57

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu



BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Von 2001 bis 2013 war Xavier Bettel Rechtsanwalt in Luxemburg.

ÉTIENNE SCHNEIDER

- ▶ **VIZEPREMIERMINISTER**
- ▶ **MINISTER FÜR WIRTSCHAFT**
- ▶ **MINISTER FÜR INNERE SICHERHEIT**
- ▶ **MINISTER DER VERTEIDIGUNG**

Étienne Schneider wurde am 29. Januar 1971 in Düdelingen geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Nach dem Besuch der Gymnasien Lycée technique Nic Bieber in Düdelingen und Lycée technique d'Esch-sur-Alzette studierte Étienne Schneider am Institut catholique des hautes études commerciales (ICHEC) in Brüssel sowie an der Greenwich University in London, wo er 1995 eine Licence (Hochschulabschluss) in Handels- und Finanzwissenschaften erwarb.

REGIERUNGSÄMTER

Étienne Schneider wurde im Februar 2012 erstmals Regierungsmitglied und trat als Minister für Wirtschaft und Außenhandel in die Koalitionsregierung aus Christlich-Sozialer Volkspartei (CSV) und Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) ein.

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Étienne Schneider am 4. Dezember 2013 zum Vizepremierminister, zum Minister für Wirtschaft, zum Minister für innere Sicherheit sowie zum Minister der Verteidigung in der Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), LSAP und Grünen („déli gréng“) ernannt.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Étienne Schneider, der seit 1991 der LSAP angehört, war von 1995 bis 2005 Gemeinderatsmitglied in Kayl. Nach den Kommunalwahlen von 2005 wurde er zum Ersten Beigeordneten des Bürgermeisters gewählt und übte dieses Amt bis 2010 aus.

Von 1997 bis 2004 war er Generalsekretär der LSAP-Fraktion in der Abgeordnetenkammer.



**Ministère de l'Économie
(Ministerium für Wirtschaft)**
19-21, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-84101
Fax: (+352) 26 20 04 95

**Ministère de la Sécurité
intérieure
(Ministerium für innere
Sicherheit)**
19, rue Beaumont
L-1219 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-84101
Fax: (+352) 26 20 04 95

**Ministère des Affaires
étrangères et européennes
(Ministerium für aus-
wärtige und europäische
Angelegenheiten)**
Direction de la défense
(Direktion für Verteidigung)
6, rue de l'Ancien Athénée
L-1144 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-82801
Fax: (+352) 26 20 04 95

→ **Staatliche Websites**
www.etat.lu
www.gouvernement.lu

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Von 1995 bis 1996 war Étienne Schneider wissenschaftlicher Assistent beim Europäischen Parlament in Brüssel.

Von 1996 bis 1997 war er als Ökonom bei der LSAP-Fraktion in der Abgeordnetenkammer tätig.

1997 arbeitete er als Projektleiter bei der Nordatlantiktaktorganisation (NATO) in Brüssel.

2004 wurde Étienne Schneider Regierungsrat im Ministerium für Wirtschaft und Außenhandel, wo er vor allem für die Direktionen für Energie, elektronischen Handel und Datensicherheit zuständig war.

2009 wurde er Erster Regierungsrat und war für die Direktionen Wirtschaftsentwicklung, Infrastruktur und Energie des Ministeriums für Wirtschaft und Außenhandel verantwortlich. 2011 wurde er für die Generaldirektion Wirtschaftsentwicklung, Industrie und Unternehmen zuständig.

Auf Vorschlag der Regierung sowie angesichts seiner Aufgaben im Ministerium für Wirtschaft und Außenhandel war Étienne Schneider Verwaltungsratsmitglied mehrerer Gesellschaften. So wurde er 2005 Präsident und Vorstand der Société électrique de l'Our (SEO). Nachdem er die Verhandlungen, die 2010 zur Gründung von Enovos führten, geleitet hatte, wurde

Étienne Schneider, der seit 2004 Verwaltungsratspräsident von Cegedel SA war, anschließend Vorsitzender von Enovos International SA und Enovos Deutschland AG. Darüber hinaus wurde er 2010 Präsident und Vorstand der Netzgesellschaft Creos.

Ende 2010 wurde er Vizevorsitzender der Nationalen Kredit- und Investitionsgesellschaft (Société nationale de crédit et d'investissement – SNCI).

Étienne Schneider ist im Februar 2012, am Tag seiner Ernennung zum Minister, von all diesen Ämtern zurückgetreten.

JEAN ASSELBORN

- › **MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE UND EUROPÄISCHE ANGELEGENHEITEN**
- › **MINISTER FÜR IMMIGRATION UND ASYL**

Jean Asselborn wurde am 27. April 1949 in Steinfort geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Nachdem er die Schule mit 18 Jahren verlassen hatte, nahm Jean Asselborn seine Schulausbildung 1976 in Abendkursen wieder auf. Im selben Jahr erwarb er das Abitur am Gymnasium Athénée de Luxembourg.

Im Oktober 1981 erwarb Jean Asselborn einen Hochschulabschluss in Zivilprozessrecht an der Universität Nancy II.

REGIERUNGSÄMTER

Nach den Parlamentswahlen vom 13. Juni 2004 trat Jean Asselborn am 31. Juli 2004 als Vizepremierminister sowie als Minister für auswärtige Angelegenheiten und Immigration in die Regierung ein.

Im Rahmen der Fortführung der Regierungskoalition aus Christlich-Sozialer Volkspartei (CSV) und Luxemburger

Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 7. Juni 2009 wurde Jean Asselborn am 23. Juli 2009 erneut zum Vizepremierminister sowie zum Außenminister ernannt.

Im Oktober 2012 wurde Luxembourg für die Jahre 2013 und 2014 auf seine Initiative hin erstmals als nicht-ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt.

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Jean Asselborn am 4. Dezember 2013 zum Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten sowie zum Minister für Immigration und Asyl in der Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), LSAP und Grünen („déli gréng“) ernannt.

Jean Asselborn vertritt die Luxemburger Regierung seit Juli 2004 im Rat der Europäischen Union in den Zusammensetzungen Auswärtige Angelegenheiten und Allgemeine Angelegenheiten. Jean Asselborn ist zurzeit der dienstälteste Außenminister in der Europäischen Union.



Ministère des Affaires étrangères et européennes (Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten)
5, rue Notre-Dame
L-2240 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-82301
Fax: (+352) 46 49 06

Ministère des Affaires étrangères et européennes (Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten)
Direction de l'immigration (Einwanderungsbehörde)
26, route d'Arion
L-1140 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-84040
Fax: (+352) 22 16 08

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu



SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Jean Asselborn, der seit 1972 der LSAP angehört, war von 1982 bis 2004 Bürgermeister der Gemeinde Steinfort.

Auf Landesebene wurde Jean Asselborn 1984 erstmals auf der LSAP-Liste des Bezirks Süden in die Abgeordnetenversammlung gewählt, der er bis 2004 angehörte. Von 1989 bis 1997 war er Fraktionsvorsitzender der LSAP und von 1999 bis 2004 Vizepräsident der Abgeordnetenversammlung.

Darüber hinaus war Jean Asselborn von 1997 bis 2004 Parteipräsident der LSAP.

Neben seinem Abgeordnetenmandat war Jean Asselborn von 1999 bis 2004 Mitglied des Ausschusses der Regionen.

Außerdem war er von 2000 bis 2004 Vizepräsident der Sozialdemokratischen Partei Europas.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Jean Asselborn begann seine berufliche Laufbahn 1967 in einem Labor der Firma Uniroyal. Zu dieser Zeit engagierte er sich ebenfalls aktiv in der Gewerkschaftsbewegung und wurde zum Vertreter der Jugendsektion des Luxemburger Arbeiterverbands (Lëtzebuurger

Aarbechterverband), der Vorgängerorganisation der heutigen Gewerkschaft OGBL, gewählt.

1968 wurde Jean Asselborn Beamter bei der Gemeindeverwaltung der Stadt Luxemburg; bereits 1969 kehrte er jedoch nach Steinfort zurück, wo er ebenfalls als Beamter arbeitete.

Nach seinem Abitur war Jean Asselborn von 1976 bis 2004 Verwaltungschef des Interkommunalen Krankenhauses Steinfort (Hôpital intercommunal de Steinfort).

AUSZEICHNUNGEN

Im Dezember 2010 wurde Jean Asselborn das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Im Oktober 2013 wurde er zum Kommandeur im nationalen Orden der Ehrenlegion (ordre national de la Légion d'honneur) der Französischen Republik ernannt.

FÉLIX BRAZ

► MINISTER DER JUSTIZ

Félix Braz wurde am 16. März 1966 in Differdingen geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Nach dem Besuch des klassischen Gymnasiums studierte Félix Braz Jura an der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne; er brach das Studium ab, nachdem er das erste Jahr bestanden hatte.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Félix Braz erstmals Regierungsmitglied und trat am 4. Dezember 2013 als Minister der Justiz in die Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ein.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Félix Braz, der als parlamentarischer Sekretär der Grünen seit 1991 politisch engagiert war, wurde 2004 im Alter von 38 Jahren erstmals auf der Liste der Grünen im Bezirk Süden in die Abgeordnetenversammlung gewählt.

2009 und 2013 wurde er wiedergewählt. Im Parlament war er u.a. von 2004 bis 2009 Vizepräsident der Verkehrskommission. Nach den Wahlen vom 20. Oktober 2013 war er Fraktionspräsident der Grünen.

Als Abgeordneter vertrat er die Abgeordnetenversammlung in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, in der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), bei der Welthandelsorganisation (WTO), im Beratenden Interparlamentarischen Benelux-Rat, bei der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente (COSAC) und bei der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).

Auf lokaler Ebene war Félix Braz zunächst von 1995 bis 2000 Gemeinderatsmitglied in Esch an der Alzette und anschließend von 2000 bis 2011 Beigeordneter der Bürgermeisterin.



**Ministère de la Justice
(Ministerium der Justiz)**
Centre administratif
Pierre Werner
13, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-84501
Fax: (+352) 22 27 93

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu



BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

1990 war Félix Braz Chefredakteur und Moderator einer täglich von RTL Radio Lëtzebuerg ausgestrahlten portugiesischsprachigen Nachrichtensendung.

Von 1991 bis 2001 war er parlamentarischer Sekretär der Grünen. 1994 wurde er zusätzlich Assistent am Europäischen Parlament.

2013 gründete er als Teilhaber eine Gesellschaft, aus der er sich bei seinem Eintritt in die Regierung zurückzog.

NICOLAS SCHMIT

► MINISTER FÜR ARBEIT, BESCHÄFTIGUNG SOWIE SOZIAL- UND SOLIDARWIRTSCHAFT

Nicolas Schmit wurde am 10. Dezember 1953 in Differdingen geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Nach dem Besuch der Sekundarstufe studierte Nicolas Schmit am Institut d'études politiques d'Aix-en-Provence, wo er ebenfalls seine Hochschulabschlüsse erlangte: 1977 erwarb er eine Maîtrise in Geisteswissenschaften und 1978 ein DEA (Forschungsdiplom im Anschluss an die Maîtrise) in internationalen Beziehungen, bevor er 1982 an der Fakultät für Recht und Wirtschaft Aix-Marseille zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften promoviert wurde.

REGIERUNGSÄMTER

Nach den Parlamentswahlen vom 13. Juni 2004 trat Nicolas Schmit am 31. Juli 2004 als Beigeordneter Minister für auswärtige Angelegenheiten und Immigration in die Regierung ein.

Im Rahmen der Fortführung der Regierungskoalition zwischen der Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV) und der Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei (LSAP)

im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 7. Juni 2009 wurde Nicolas Schmit am 23. Juli 2009 zum Minister für Arbeit, Beschäftigung und Immigration ernannt.

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Nicolas Schmit am 4. Dezember 2013 zum Minister für Arbeit, Beschäftigung sowie Sozial- und Solidarwirtschaft in der Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), LSAP und Grünen („déli gréng“) ernannt.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Von 1989 bis 1990 war Nicolas Schmit Fraktionssekretär der LSAP.

Von 1991 bis 2004 war er Mitglied des Staatsrats.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Von 1978 bis 1979 war Nicolas Schmit Forschungsbeauftragter für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Aix-Marseille III.



**Ministère du Travail,
de l'Emploi et de l'Économie
sociale et solidaire
(Ministerium für Arbeit,
Beschäftigung sowie Sozial-
und Solidarwirtschaft)**
26, rue Sainte-Zithe
L-2763 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-86106
Fax: (+352) 49 38 76

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu



Ab 1979 war er beim Vorsitz der Luxemburger Regierung für Wirtschaftsangelegenheiten zuständig.

Dieses Amt übte er bis 1983 aus, als er Gesandtschaftssekretär der Politischen Direktion des Außenministeriums wurde. Von 1984 bis 1989 war er persönlicher Referent von Außenminister Jacques Poos.

Von 1990 bis 1992 war Nicolas Schmit Botschaftsrat bei der Ständigen Vertretung Luxemburgs bei der Europäischen Union in Brüssel. Er war an der Arbeit der Regierungskonferenz beteiligt, die zum Vertrag von Maastricht führte.

Von 1992 bis 1998 leitete er die Abteilung für internationale Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium.

Von 1998 bis 2004 war er Botschafter und Ständiger Vertreter Luxemburgs bei der Europäischen Union in Brüssel. Von 2000 bis 2001 war er darüber hinaus der persönliche Vertreter des Luxemburger Premierministers bei der Regierungskonferenz zur Vorbereitung des Vertrags von Nizza. Von 2002 bis 2003 vertrat er die Regierung außerdem als stellvertretendes Mitglied bei den Sitzungen des Europäischen Konvents zur Zukunft Europas.

ROMAIN SCHNEIDER

- › **MINISTER FÜR SOZIALE SICHERHEIT**
- › **MINISTER FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND HUMANITÄRE ANGELEGENHEITEN**
- › **MINISTER FÜR SPORT**

Romain Schneider wurde am 15. April 1962 in Wiltz geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Romain Schneider besuchte das Gymnasium Lycée du Nord in Wiltz.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 7. Juni 2009 trat Romain Schneider am 23. Juli 2009 als Minister für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung, als Minister für Sport sowie als Beigeordneter Minister für Solidarwirtschaft in die Koalitionsregierung aus Christlich-Sozialer Volkspartei (CSV) und Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) ein.

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Romain Schneider am 4. Dezember 2013 zum Minister für soziale Sicherheit, zum Minister für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten sowie zum Minister für Sport in der Koali-

tionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), LSAP und Grünen („déli gréng“) ernannt.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Romain Schneider, der seit 1981 der LSAP angehört, war von 2004 bis 2009 Generalsekretär seiner Partei.

Auf lokaler Ebene war Romain Schneider zunächst von 1994 bis 1999 Gemeinderatsmitglied in Wiltz und anschließend von 2000 bis 2009 Bürgermeister; er übte dieses Amt bis zu seiner Ernennung als Minister im Juli 2009 aus.

2004 wurde Romain Schneider auf der LSAP-Liste des Bezirks Norden in die Abgeordnetenversammlung gewählt, wo er sich vor allem mit Fragen in den Bereichen Beschäftigung, Umwelt, Landwirtschaft, Gesundheit und Soziale Sicherheit befasste. 2009 und 2013 wurde er als Abgeordneter wiedergewählt.



**Ministère de la Sécurité sociale
(Ministerium für soziale Sicherheit)**
26, rue Sainte-Zithe
L-2763 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-86306
Fax: (+352) 22 19 65 02

**Ministère des Affaires étrangères et européennes
(Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten)**
Direction de la coopération au développement et de l'action humanitaire (Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten)
6, rue de la Congrégation
L-1352 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-82307
Fax: (+352) 22 21 38

**Ministère des Sports
(Ministerium für Sport)**
66, rue de Trèves
L-2630 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-83406
Fax: (+352) 43 44 36

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu



BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Bevor er im Juli 2004 Abgeordneter wurde, arbeitete Romain Schneider ab 1980 als Beamter bei der Agentur für Arbeit (ADEM – Administration de l'emploi, inzwischen in Agence pour le développement de l'emploi umbenannt) und ab 1989 als Vorsteher der ADEM-Zweigstelle in Wiltz.

FRANÇOIS BAUSCH

► MINISTER FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND INFRASTRUKTUR

François Bausch wurde am 16. Oktober 1956 in Luxemburg-Stadt geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

François Bausch besuchte das Gymnasium Lycée de garçons in Esch an der Alzette.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde François Bausch erstmals Regierungsmitglied und trat am 4. Dezember 2013 als Minister für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur in die Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déi gréng“) ein.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

François Bausch, der seit 1986 Mitglied der Grünen ist, wurde 1989 erstmals auf der Liste der Grünen im Bezirk Zentrum in die Abgeordnetenversammlung gewählt, der er bis 1992 angehörte. Von 1994 bis 2013 wurde er als Abgeordneter wiedergewählt. Er war u.a. von 2009 bis

2013 Präsident der parlamentarischen Kontrollkommission des Staatlichen Nachrichtendienstes. Außerdem war er von 1999 bis 2013 Fraktionspräsident der Grünen.

Auf lokaler Ebene war François Bausch zunächst von 1994 bis 2005 Gemeinderatsmitglied der Stadt Luxemburg und anschließend von 2005 bis 2013 Erster Beigeordneter des Bürgermeisters.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Vor seiner politischen Laufbahn war François Bausch Beamter bei der Nationalen Luxemburger Eisenbahngesellschaft (Société nationale des chemins de fer luxembourgeois – CFL).



Ministère du Développement durable et des Infrastructures (Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur)

4, place de l'Europe
L-1499 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-83301
Fax: (+352) 22 31 60

Staatliche Websites

www.etat.lu
www.gouvernement.lu

FERNAND ETGEN

- › **MINISTER FÜR LANDWIRTSCHAFT, WEINBAU UND VERBRAUCHERSCHUTZ**
- › **MINISTER FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZUM PARLAMENT**

Fernand Etgen wurde am 10. März 1957 in Ettelbrück geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Fernand Etgen besuchte von 1971 bis 1977 das Gymnasium Lycée classique de Diekirch.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Fernand Etgen erstmals Regierungsmitglied und trat am 4. Dezember 2013 als Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Verbraucherschutz sowie als Minister für die Beziehungen zum Parlament in die Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ein.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Fernand Etgen, der seit 1979 der DP angehört, war von 1979 bis 1981 und von 1988 bis 1993 Gemeinderatsmitglied in Feulen und von 1982 bis 1987 Beigeordneter des

Bürgermeisters. 1994 wurde er Bürgermeister und übte dieses Amt bis zu seiner Ernennung als Minister im Dezember 2013 aus.

Auf Landesebene wurde Fernand Etgen 2007 erstmals Mitglied der Abgeordnetenkommission. Dort war er u.a. Vizepräsident der Kommission für den öffentlichen Dienst und die Verwaltungsreform, Medien und Kommunikation sowie der Kommission für öffentliche Arbeiten. 2009 wurde er auf der DP-Liste des Bezirks Norden in die Abgeordnetenkommission gewählt. Von 2009 bis 2013 war er Vizepräsident der Kommission für innere Angelegenheiten, die Großregion und die Polizei, der Kommission für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung sowie der Kommission für den öffentlichen Dienst und Verwaltungsvereinfachung.

Seit Juni 2010 ist Fernand Etgen Generalsekretär der DP.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Vor seiner politischen Laufbahn war Fernand Etgen Staatsbeamter bei der Eintragungs- und Domänenverwaltung.



Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture et de la Protection des consommateurs (Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Verbraucherschutz)
1, rue de la Congrégation
L-1352 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-82506
Fax: (+352) 22 29 10

Cabinet du ministre aux Relations avec le Parlement (Kabinett des Ministers für die Beziehungen zum Parlament)
1, rue de la Congrégation
L-1352 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-82506
Fax: (+352) 22 29 10

Service central de législation (Zentrales Amt für Gesetzgebung)
Relations avec le Parlement (Beziehungen zum Parlament)
43, boulevard Roosevelt
L-2450 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-82957
Fax: (+352) 46 74 58

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu

MAGGY NAGEL

- ▶ **MINISTERIN FÜR KULTUR**
- ▶ **MINISTERIN FÜR WOHNUNGSBAU**

Maggy Nagel wurde am 25. August 1957 in Luxemburg-Stadt geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Maggy Nagel besuchte von 1969 bis 1977 die Sekundarstufe an der Privatschule École privée Fieldgen.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Maggy Nagel erstmals Regierungsmitglied und trat am 4. Dezember 2013 als Ministerin für Kultur sowie als Ministerin für Wohnungsbau in die Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ein.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Maggy Nagel, die seit 1996 der DP angehört, war von 1994 bis 1996 Erste Beigeordnete des Bürgermeisters in Bad Mondorf und von 1996 bis 2013 Bürgermeisterin.

Auf Landesebene wurde Maggy Nagel 1999 erstmals auf der DP-Liste des Bezirks Osten in die Abgeordnetenkammer gewählt. Von 2000 bis 2004 war sie u.a. Vizepräsidentin der Kommission für Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie für Frauenförderung. 2013 wurde sie erneut in das Parlament gewählt.

Seit Januar 2013 ist Maggy Nagel Vizepräsidentin der DP.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Von 2000 bis 2012 war Maggy Nagel Vizepräsidentin des Landesverkehrsamtes (Office national du tourisme – ONT).



**Ministère de la Culture
(Ministerium für Kultur)**
4, boulevard Roosevelt
L-2450 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-86600
Fax: (+352) 26 29 60 38

**Ministère du Logement
(Ministerium für
Wohnungsbau)**
4, place de l'Europe
L-1499 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-84800
Fax: (+352) 26 20 13 27

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu

PIERRE GRAMEGNA

► MINISTER DER FINANZEN

Pierre Gramegna wurde am 22. April 1958 in Esch an der Alzette geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Nach dem Besuch der Sekundarstufe in Esch an der Alzette (klassische Mathematiksektion) studierte Pierre Gramegna Jura und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Panthéon-Assas (Paris II), wo er 1981 eine Maîtrise (Hochschulabschluss) in Zivilrecht und 1982 eine Licence (akademischer Grad nach dreijährigem Studium) in Wirtschaftswissenschaften erwarb. Sein Postgraduiertenstudium schloss er mit einem DEA (Forschungsdiplom im Anschluss an die Maîtrise) in Gemeinschaftsrecht ab.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Pierre Gramegna erstmals Regierungsmitglied und trat am 4. Dezember 2013 als Minister der Finanzen in die Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ein.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Der Karrierediplomat Pierre Gramegna wurde 1983 im Außenministerium eingestellt. 1988 wurde er Berater in politischen und Wirtschaftsfragen an der Botschaft des Großherzogtums Luxemburg in Paris; dieses Amt übte er vier Jahre aus, bis er zum Generalkonsul und Direktor des Board of Economic Development in San Francisco ernannt wurde.

Von 1996 bis 2002 war Pierre Gramegna Luxemburger Botschafter in Japan und Südkorea. Anschließend war er ein Jahr lang für die Direktion für internationale Wirtschaftsbeziehungen im Außenministerium zuständig.

2003 nahm Pierre Gramegna das Amt des Generaldirektors der Handelskammer an, das er bis zu seiner Ernennung als Minister im Dezember 2013 ausübte.

Vor seinem Eintritt in die Regierung war Pierre Gramegna Verwaltungsratsmitglied in mehreren Gesellschaften, vor allem bei Cargolux Airlines International SA (von 2004 bis 2008 als Präsident), der Luxemburger Börse (Bourse de Luxembourg), der Nationalen Kredit- und Investitionsgesellschaft (Société nationale de crédit et



**Ministère des Finances
(Ministerium der Finanzen)**
3, rue de la Congrégation
L-1352 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-82600
Fax: (+352) 22 06 73

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu



d'investissement – SNCI), der Exportversicherungsstelle (Office du ducroire), LuxExpo Luxembourg sowie BGL BNP Paribas Luxembourg SA.

Darüber hinaus war er in zahlreichen beratenden Kommissionen aktiv, wie dem Tripartite-Koordinierungsausschuss (Comité de coordination tripartite), dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (Comité économique et social de la Grande Région), dem Beratenden Ausschuss für Außenhandel (Comité consultatif du commerce extérieur), dem Gremium für wirtschaftliche Entwicklung (Comité de développement économique) und dem Nationalen Gremium zur Förderung des Unternehmergeistes (Comité national pour la promotion de l'esprit d'entreprise).

LYDIA MUTSCH

- › **MINISTERIN FÜR GESUNDHEIT**
- › **MINISTERIN FÜR CHANCENGLEICHHEIT**

Lydia Mutsch wurde am 17. August 1961 in Düdelingen geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Nach dem Besuch des Gymnasiums Lycée Hubert Clément in Esch an der Alzette studierte Lydia Mutsch Politik- und Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen (Deutschland), wo sie 1985 ihren Hochschulabschluss erwarb.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Lydia Mutsch erstmals Regierungsmitglied und trat am 4. Dezember 2013 als Ministerin für Gesundheit sowie als Ministerin für Chancengleichheit in die Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ein.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Lydia Mutsch, die seit 1987 der LSAP angehört, wurde 1988 Gemeinderatsmitglied in Esch an der Alzette. Im

Jahr 2000 wurde sie Bürgermeisterin und übte dieses Amt bis zu ihrer Ernennung als Ministerin im Dezember 2013 aus.

Lydia Mutsch wurde 1989 im Alter von 27 Jahren erstmals auf der LSAP-Liste des Bezirks Süden in die Abgeordnetenversammlung gewählt. 1994, 1999, 2004, 2009 und 2013 wurde sie wiedergewählt. Von 2009 bis 2013 war Lydia Mutsch Vizepräsidentin der Abgeordnetenversammlung. Als Abgeordnete war sie u.a. von 2004 bis 2013 Präsidentin der Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit.

Von 1989 bis 2009 war Lydia Mutsch zudem Mitglied des Benelux-Parlaments und bis 2013 gehörte sie den Parlamentarischen Versammlungen der Nordatlantikpaktorganisation (NATO) und des Europarates an.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Von 1985 bis 1989 war Lydia Mutsch in den Bereichen Journalismus und Kommunikation tätig.



Ministère de la Santé (Ministerium für Gesundheit)

Allée Marconi – Villa Louvigny
L-2120 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-85501
Fax: (+352) 26 20 01 45

Ministère de l'Égalité des chances (Ministerium für Chancengleichheit)

19-21, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-85806
Fax: (+352) 24 18 86

Staatliche Websites

www.etat.lu
www.gouvernement.lu

DAN KERSCH

- › **MINISTER DES INNERN**
- › **MINISTER FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST UND DIE VERWALTUNGSREFORM**

Dan Kersch wurde am 27. Dezember 1961 in Esch an der Alzette geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Dan Kersch erwarb das Abitur nach dem Besuch von Abendkursen im Jahr 1990/1991.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Dan Kersch erstmals Regierungsmitglied und trat am 4. Dezember 2013 als Minister des Innern sowie als Minister für den öffentlichen Dienst und die Verwaltungsreform in die Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ein.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

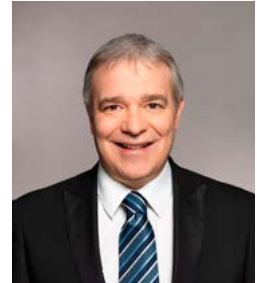
Dan Kersch, der seit 1991 der LSAP angehört, war zunächst von 2000 bis 2005 Gemeinderatsmitglied in Monnerich und anschließend von 2006 bis 2013 Bürgermeister; dieses Amt übte er bis zu seiner Ernennung als Minister im Dezember 2013 aus.

Von 2009 bis 2012 war Dan Kersch Präsident des Verbandes der Luxemburger Städte und Gemeinden (Syndicat des villes et communes luxembourgeoises – Syvicol).

Von 2011 bis 2013 war er Mitglied des Staatsrats.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Vor seiner Ernennung als Minister war Dan Kersch Beamter bei der Gemeindeverwaltung Bettemburg.



**Ministère de l'Intérieur
(Ministerium des Innern)**
19, rue Beaumont
L-1219 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-84601
Fax: (+352) 22 11 25

**Ministère de la Fonction
publique et de la
Réforme administrative
(Ministerium für den
öffentlichen Dienst und
die Verwaltungsreform)**
63, avenue de la Liberté
L-1931 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-83106
Fax: (+352) 247-83122

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu

CLAUDE MEISCH

- › **MINISTER FÜR BILDUNG, KINDER UND JUGEND**
- › **MINISTER FÜR HOCHSCHULWESEN UND FORSCHUNG**

Claude Meisch wurde am 27. November 1971 in Petingen geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Nachdem Claude Meisch das Abschlusszeugnis der 13. Klasse in der allgemeinen technischen Fachrichtung am Gymnasium Lycée technique Mathias Adam in Petingen erworben hatte, studierte er an der Universität Trier, wo er 1998 ein Diplom in Wirtschaftsmathematik erwarb.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Claude Meisch erstmals Regierungsmitglied und trat am 4. Dezember 2013 als Minister für Bildung, Kinder und Jugend sowie als Minister für Hochschulwesen und Forschung in die Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ein.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Claude Meisch, der seit 1994 der DP angehört, wurde 1999 erstmals auf der DP-Liste des Bezirks Süden in die Abgeordnetenkammer gewählt. 2004, 2009 und 2013 wurde er wiedergewählt. In der Abgeordnetenkammer war er u.a. von 2009 bis 2013 Vizepräsident der Finanz- und Haushaltskommission sowie von 2004 bis 2006 und von 2009 bis 2013 Vizepräsident der Kommission für Familie, Jugend und Chancengleichheit.

Auf lokaler Ebene war Claude Meisch zunächst von 2000 bis 2002 Beigeordneter des Bürgermeisters in Differdingen und anschließend von 2002 bis 2013 Bürgermeister; er übte dieses Amt bis zu seiner Ernennung als Minister aus.

Von 2004 bis 2013 war Claude Meisch Präsident der DP.



Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse (Ministerium für Bildung, Kinder und Jugend)
29, rue Aldringen
L-1118 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-85100
Fax: (+352) 247-85113

Ministère de l'Enseignement supérieur et de la Recherche (Ministerium für Hochschulwesen und Forschung)
18-20, montée de la Pétrusse
L-2327 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-85206
Fax: (+352) 40 66 98

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu



BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Claude Meisch arbeitete von 1999 bis 2013 bei der Banque de Luxembourg.

Von 2005 bis 2013 war er Präsident des interkommunalen Verbandes für das Prinzessin-Marie-Astrid-Krankenhaus (Hôpital Princesse Marie-Astrid) in Niederkorn sowie, von 2008 bis 2013, Verwaltungsratsmitglied des Émile-Mayrisch-Krankenhauses (Centre hospitalier Émile Mayrisch – CHEM).

CORINNE CAHEN

- › **MINISTERIN FÜR FAMILIE UND INTEGRATION**
- › **MINISTERIN FÜR DIE GROSSREGION**

Corinne Cahen wurde am 16. Mai 1973 in Luxemburg-Stadt geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Nach dem Besuch des Gymnasiums Athénée de Luxembourg studierte Corinne Cahen von 1992 bis 1995 an der Université des sciences humaines de Strasbourg, wo sie eine Licence (akademischer Grad nach dreijährigem Studium) in angewandten Fremdsprachen (Fachübersetzen) erwarb; anschließend studierte sie von 1995 bis 1996 an der Université Nice Sophia Antipolis, wo sie eine Maîtrise (Hochschulabschluss) in angewandten Fremdsprachen, Fachrichtung Geschäfts- und Handelswesen, erlangte. 1997 ergänzte sie ihre Hochschulbildung durch ein DESS (praxisorientiertes Diplom im Anschluss an die Maîtrise) in zweisprachigem Journalismus (französisch-englisch) an der Université Sorbonne nouvelle – Paris 3.

REGIERUNGSÄMTER

Bei den Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Corinne Cahen in die Abgeordnetenversammlung gewählt.

Am 4. Dezember 2013 wurde sie erstmals Regierungsmitglied und trat als Ministerin für Familie und Integration sowie als Ministerin für die Großregion in die Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ein.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Während ihres Studiums sammelte Corinne Cahen vor allem bei RTL Hei Elei Kuck Elei (heute RTL Télé Lëtzebuerg), Eldorado, dem Regionalradiosender Nice-Côte d'Azur, Radio France Internationale und der Agence France-Presse Berufserfahrung im Journalismusbereich.

Von 1995 bis 2001 arbeitete sie für RTL Radio Lëtzebuerg, und zwar zunächst als Frankreich-Korrespondentin in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Recht und Sport und anschließend als Moderatorin und Reporterin in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht in Luxemburg.

Von 2001 bis 2004 arbeitete sie als freiberufliche Journalistin bei RTL Radio und Télé Lëtzebuerg.



**Ministère de la Famille,
de l'Intégration et
à la Grande Région
(Ministerium für Familie,
Integration und die
Großregion)**

12-14, avenue Émile Reuter
L-2420 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-86500
Fax: (+352) 247-86570

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu



Corinne Cahen war von 2001 bis 2013 Geschäftsführerin eines Schuhgeschäftes in Luxemburg-Stadt; außerdem war sie von 2008 bis 2012 Präsidentin des Geschäftsverbandes der Stadt Luxemburg sowie von 2009 bis 2013 gewähltes Mitglied der Handelskammer.

CAROLE DIESCHBOURG

► MINISTERIN FÜR UMWELT

Carole Dieschbourg wurde am 3. Oktober 1977 in Ettelbrück geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Nach dem Besuch des Gymnasiums Lycée classique d'Echternach von 1990 bis 1997 studierte Carole Dieschbourg von 1997 bis 2005 Geschichte und Germanistik an der Universität Trier, wo sie 2005 einen Master of Arts erwarb.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Carole Dieschbourg erstmals Regierungsmitglied und trat am 4. Dezember 2013 als Ministerin für Umwelt in die Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ein.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Auf lokaler Ebene war Carole Dieschbourg von 2011 bis zu ihrer Ernennung als Ministerin im Jahr 2013 Gemeinderatsmitglied in Echternach.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Im Rahmen des Programms „Leader+ Müllerthal“ war Carole Dieschbourg von 2005 bis 2006 Koordinatorin der Projekte „Moulin – inventaire, excursion et sentier régional“ („Mühlen – Inventar, Exkursion und regionale Route“) und „Millebuch“ („Mühlenbuch“).

2007 veröffentlichte sie das Buch „Die Mühlen des Müllerthals“.

Carole Dieschbourg gehörte bis zu ihrer Ernennung als Ministerin im Dezember 2013 der Geschäftsführung der Mühle Moulin J.P. Dieschbourg an, die seit 1897 als Familienunternehmen besteht.



Ministère du Développement durable et des Infrastructures (Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur)

Bureau de la ministre de l'Environnement (Büro der Ministerin für Umwelt)
4, place de l'Europe
L-1499 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-86806
Fax: (+352) 29 40 79

Staatliche Websites

www.etat.lu
www.gouvernement.lu

CAMILLE GIRA

▪ STAATSSSEKRETÄR FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND INFRASTRUKTUR

Camille Gira wurde am 2. Juni 1958 in Luxemburg-Stadt geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Von 1970 bis 1977 besuchte Camille Gira die Gymnasien Athénée de Luxembourg und Lycée Robert Schuman.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Camille Gira am 4. Dezember 2013 zum Staatssekretär für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur in der Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ernannt.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Von 1982 bis 1990 war Camille Gira Beigeordneter des Bürgermeisters der Gemeinde Beckerich. 1990 wurde er Bürgermeister und übte dieses Amt bis zu seiner Ernennung als Staatssekretär im Dezember 2013 aus.

Camille Gira, der seit 1993 Mitglied der Grünen ist, wurde 1994 erstmals auf der Liste der Grünen im Bezirk Norden in die Abgeordnetenversammlung gewählt. 1999, 2004, 2009 und 2013 wurde er wiedergewählt. Im Parlament war Camille Gira u.a. von 1999 bis 2004 und von 2007 bis 2009 Präsident der Rechnungscommission, von 2000 bis 2009 Vizepräsident der Umweltkommission, von 2004 bis 2013 Präsident der Petitionskommission sowie von 2009 bis 2013 Vizepräsident der Kommission für nachhaltige Entwicklung (Bereiche Umwelt und Raumplanung).

Von 2010 bis 2013 war Camille Gira Präsident des interkommunalen Verbandes De Réidener Kanton.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Camille Gira war von 1977 bis 1994 Fluglotse.



Ministère du Développement durable et des Infrastructures (Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur)
4, place de l'Europe
L-1499 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-86803
Fax: (+352) 22 80 79

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu

FRANCINE CLOSENER

- › **STAATSEKRETÄRIN FÜR WIRTSCHAFT**
- › **STAATSEKRETÄRIN FÜR INNERE SICHERHEIT**
- › **STAATSEKRETÄRIN FÜR VERTEIDIGUNG**

Francine Cloesener wurde am 29. Dezember 1969 in Steinfort geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Nach dem Besuch des Gymnasiums Lycée Michel Rodange studierte Francine Cloesener an der Université libre de Bruxelles, wo sie 1993 eine Licence (Hochschulabschluss) in Journalismus und Kommunikation erwarb.

REGIERUNGSÄMTER

Im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2013 wurde Francine Cloesener am 4. Dezember 2013 zur Staatssekretärin für Wirtschaft, zur Staatssekretärin für innere Sicherheit sowie zur Staatssekretärin für Verteidigung in der Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déli gréng“) ernannt.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Francine Cloesener begann ihre Laufbahn als politische Journalistin 1994 bei RTL Radio Lëtzebuerg, wo sie 2008 Chefredakteurin wurde.

2010 gab sie ihre Tätigkeit beim Radio auf, um als Journalistin für die Fernsehnachrichten von RTL Télé Lëtzebuerg zu arbeiten.



**Ministère de l'Économie
(Ministerium für Wirtschaft)**
19-21, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-84103
Fax: (+352) 26 20 04 95

**Ministère de la Sécurité
intérieure
(Ministerium für innere
Sicherheit)**
19, rue Beaumont
L-1219 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-84103
Fax: (+352) 26 20 04 95

**Ministère des Affaires
étrangères et européennes
(Ministerium für aus-
wärtige und europäische
Angelegenheiten)**
Direction de la défense
(Direktion für Verteidigung)
6, rue de l'Ancien Athénée
L-1144 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-82802
Fax: (+352) 26 20 04 95

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu

MARC HANSEN

- **STAATSSSEKRETÄR FÜR BILDUNG, KINDER UND JUGEND**
- **STAATSSSEKRETÄR FÜR HOCHSCHULWESEN UND FORSCHUNG**

Marc Hansen wurde am 10. April 1971 in Luxemburg-Stadt geboren.

STUDIUM UND AUSBILDUNG

Marc Hansen besuchte von 1983 bis 1991 die Gymnasien Lycée de garçons de Luxembourg und Athénée de Luxembourg.

REGIERUNGSÄMTER

Marc Hansen wurde am 28. März 2014 zum Staatssekretär für Bildung, Kinder und Jugend sowie zum Staatssekretär für Hochschulwesen und Forschung in der Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei (DP), Luxemburger Sozialistischer Arbeiterpartei (LSAP) und Grünen („déi gréng“) ernannt. Er trat damit die Nachfolge von André Bauler, der aus gesundheitlichen Gründen von seinen Regierungsämtern zurückgetreten war, an.

SONSTIGE POLITISCHE ÄMTER

Marc Hansen, der seit 2008 der DP angehört, war von 2005 bis 2014 Beigeordneter des Bürgermeisters der Gemeinde Useldingen.

Von 2011 bis 2014 war er Mitglied des interkommunalen Verbandes De Réidener Kanton.

Auf Landesebene wurde Marc Hansen 2013 erstmals auf der DP-Liste des Bezirks Norden in die Abgeordneten-kammer gewählt. Im Parlament war er von 2013 bis zu seiner Ernennung als Staatssekretär im Jahr 2014 Präsident der Finanz- und Haushaltskommission sowie Vizepräsident der Kommission für Arbeit, Beschäftigung und soziale Sicherheit.

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

Marc Hansen begann seine berufliche Laufbahn bei DNR (Den Neie Radio).

Von 1995 bis 2009 arbeitete er bei RTL Radio Lëtzebuerg und RTL Télé Lëtzebuerg.



Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse (Ministerium für Bildung, Kinder und Jugend)
29, rue Aldringen
L-1118 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-85100
Fax: (+352) 247-85113

Ministère de l'Enseignement supérieur et de la Recherche (Ministerium für Hochschulwesen und Forschung)
18-20, montée de la Pétrusse
L-2327 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-85206
Fax: (+352) 40 66 98

Staatliche Websites
www.etat.lu
www.gouvernement.lu



Von 2009 bis 2011 war er Fraktionsmitarbeiter.

Von 2011 bis 2014 war Marc Hansen Direktor und geschäftsführendes Verwaltungsratsmitglied von Éditions Lëtzebuenger Journal.

Darüber hinaus ist er Mitgründer mehrerer innovativer Start-ups aus dem IT-Bereich.

HERAUSGEBER

Informations- und Presseamt
der Luxemburger Regierung
Verlagsabteilung
33, bd Roosevelt
L-2450 Luxembourg
Tel.: (+352) 247-82181
Fax: (+352) 47 02 85
E-Mail: edition@sip.etat.lu
www.gouvernement.lu
www.luxembourg.lu

BILDNACHWEIS

© SIP/Charles Caratini (offizielles Photo der Minister)
© SIP/Yves Kortum (offizielle Portraits)

ÜBERSETZER

Patrick Wilwert

LAYOUT

Bizart

DRUCK

Imprimerie Fr. Faber

April 2014

ISBN 978-2-87999-248-8



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Service information et presse